

scher Öffentlichkeit. In: Habermas, J.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt am Main 1992, S. 399-468

Initiative D21 (Hrsg.): (N)Onliner Atlas 2009. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. 2009. In: <http://bit.ly/cDyhJ> (Abruf am 16.6.2010)

Kegel, Thomas: Gute Organisation vorausgesetzt. Aufgaben für das Management von Volunteers. In: Rosenkranz, Doris; Weber, Angelika (Hrsg.): Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit. Weinheim/München 2002

Lebert, Marie: History of Project Gutenberg. 2009. In: <http://bit.ly/ctbSrf> (Abruf am 16.6.2010)

Olk, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim/München 2005, S. 179-182

Putnam, Robert D.: Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh 2001

Reichert, Sven: Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre. In: Forschungsjournal NSB 3/2008, S. 118-130

Sample Ward, Amy: The Social Media Response to Disaster in Haiti. 2010. In: <http://bit.ly/ahITB8> (Abruf am 16.6.2010)

Seifert, Waltraut: Online-Volunteering und Freiwilligenmanagement. Wie gemeinnützige Organisationen über das Internet neue Ressourcen erschließen. Diplomarbeit im Fachgebiet Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Berlin 2006

Zimmer, Annette: Bürgerschaftliches Engagement im gesellschaftlichen Wandel. In: Böllert, Katrin u.a. (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den Sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. Münster 2006, S. 169-186

Zimmer, Annette; Priller, Eckhard: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Drittssektor-Forschung. Wiesbaden 2007

► Allgemeines

DZI veröffentlicht Spendenbericht Deutschland 2010. Hrsg. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Selbstverlag. Berlin 2010, 143 S., EUR 39,80 *DZI-D-9796* Mit dem „Spendenbericht Deutschland 2010“ veröffentlicht das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) eine aktuelle und neuartige Bestandsaufnahme des Spendenverhaltens hierzulande. 53 Abbildungen und Tabellen werden von Analysen erschlossen. Wissenschaftlich fundiert informiert der Bericht zum Beispiel über das Spendenvolumen und die individuelle Spendenhöhe, das Maß der Spendenbeteiligung oder auch soziodemographische Merkmale der Spenderinnen und Spender. Ein Exkurs untersucht das Spendenverhalten von Migranten und ein eigener Abschnitt ist den Erkenntnissen zu Unternehmensspenden gewidmet. Zusätzlich enthält das Buch fünf Fachbeiträge weiterer Experten und Wissenschaftler zur Spendenforschung. Obwohl das Spenden von Geld und Gütern eine jahrhundertalte Tradition hat und im Sinne bürgerschaftlichen Engagements zugleich hoch aktuell ist, befindet sich die Spendenforschung in Deutschland erst am Anfang. Der Spendenbericht zeigt Wege für den Aufbau einer regelmäßigen Spendenberichterstattung in Deutschland auf und versteht sich selbst als wichtigen ersten Schritt zu diesem Ziel. Bestellanschrift: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, E-Mail: verwaltung@dzi.de

Neuer Indikator zur Messung der Armut. Nach Auffassung der Bundesregierung soll sich der Einsatz gegen Armut insbesondere auf die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit als eine der wesentlichen Ursachen von Armut konzentrieren. Eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt flankiere die Sozialpolitik am besten. Dies schreibt die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die sich nach der Strategie 2020 und dabei insbesondere nach dem Ziel erkundigt hatte, die Zahl der Europäer und Europäerinnen, die unter der Armutsgrenze leben, um 25 % zu senken. Im Zentrum des Interesses der Grünen stand die Frage nach geeigneten Indikatoren zur Messung der Armut. Die Bundesregierung schreibt, dass sie sich auf EU-Ebene für einen Indikator einsetzen werde, der den Aspekt der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit berücksichtige. Die Armutsrisikoquote wird definiert als die Zahl der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Durchschnitts der Nettoäquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung je 100 Personen. Bei der Armutsrisikoquote gerieten die unterschiedlichen Ursachen und Ausprägungen von Armut aus dem Blick, schreibt die Regierung. Eine nachhaltige Bekämpfung von Armut soll insbesondere Maßnahmen zur Aktivierung beinhalten, die sich in diesem Indikator nicht widerspiegeln. *Quelle:*

Heute im Bundestag Nr. 278 vom 25.8.2010

<https://doi.org/10.5771/0490-1>

Generiert durch IP 13.128.94.2 am 16.09.2024, 21:33:32.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Studie zur Selbstbestimmung im Alter. Nach Angaben des im November 2009 in Berlin eröffneten Zentrums für Qualität in der Pflege nimmt die altersbezogene Lebensplanung in Deutschland einen höheren Stellenwert als noch vor fünf Jahren ein. Rund 1000 volljährige Personen wurden in computergestützten Telefoninterviews im Januar, Mai und Juni dieses Jahres zu entsprechenden Standpunkten, Maßnahmen und Absichten befragt. Wie die Ergebnisse zeigen, haben zirka 40 % der Männer und 27 % der Frauen den Wunsch, später über die Rentenaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Wichtig seien für die meisten neben finanzieller Unabhängigkeit auch enge Kontakte zu ihrer Umwelt. Ein Drittel der Befragten stelle sich auf Armut ein, zwischen 30 und 40 % auf Pflegebedürftigkeit oder schwere Erkrankungen, wobei der Wunsch bestehe, Angehörige zu entlasten und den gesundheitlichen Risiken eigenverantwortlich zu begegnen. Überwiegend erwarte man für das eigene Alter einen im Vergleich zu heutigen Rentnerinnen und Rentnern niedrigeren Lebensstandard. *Quelle: Presseinformation des Zentrums für Qualität in der Pflege vom 28.6.2010*

Hotline zum Pflegemindestlohn. Zur Überprüfung der vor Kurzem in Kraft getretenen Mindeststundenlöhne im Pflegesektor, die nun bei 8,50 Euro (alte Bundesländer und Berlin) beziehungsweise 7,50 Euro (neue Bundesländer) liegen, schaltete die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Hotline, deren Auswertung ergab, dass die neue Bestimmung massiv untergraben werde. Tricks wie die Umlegung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Schichtzulagen, Fahrgeldern und Leistungsprämien auf den Stundenlohn dienten der Verdeckung des fortgesetzten Dumpings. Zu beobachten sei auch, dass die Fahrten nicht mehr wie bisher üblich als Arbeitszeit gelten, sondern nur noch die Pflege vor Ort. ver.di empfiehlt, die Lohnabrechnungen Ende August genau zu überprüfen und bietet vom 6. bis 8. September erneut eine Hotline zur Beantwortung offener Fragen an. *Quelle: Presseinformation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom 12.8.2010*

Umfrage zum Thema Religion. Einer Umfrage des Instituts für Zukunftsfragen in Hamburg zufolge, an der 2000 Personen ab 14 Jahren teilnahmen, hat die Religion im Leben vieler Deutscher in den letzten acht Jahren einen Bedeutungsverlust erlitten. Zurückzuführen sei dies auf den demographischen Wandel. Da ältere Menschen in besonderer Weise auf Kontakte angewiesen seien, nehme für diese die Relevanz von Freundschaften auf Kosten des Glaubens zu. Oberste Priorität genieße die Gesundheit, gefolgt von Freunden, der Familie, der Natur, der Freizeit und dem Beruf. Das Interesse an Geld und Konsum liege an vorletzter Stelle vor demjenigen an der Religion. *Quelle: idea Spektrum 28/29.2010*

Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2010, 42 S., kostenlos *DZI-D-9198*

Der seit dem Jahr 1999 alle fünf Jahre im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erhobene Freiwilligensurvey liefert umfassende und detaillierte Daten zum bürgerschaft-

lichen Engagement der deutschen Zivilgesellschaft, die vom TNS Infratest Sozialforschung telefonisch ermittelt werden. Diese Broschüre fasst die wichtigsten Trends und Entwicklungen der dritten Befragung in Kurzform zusammen und beschreibt den Anteil der ehrenamtlich tätigen Menschen an der Bevölkerung, bevorzugte Tätigkeitsfelder, geschlechtsspezifische Unterschiede sowie prozentuale Veränderungen in der Arbeit verschiedener Altersgruppen. Im Ergebnis benennt der Bericht erste Handlungsempfehlungen für eine zukünftige Engagementförderung. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

IAQ beobachtet Ausweitung des Niedriglohnssektors. Wie das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in einer Studie feststellte, hat sich die Anzahl der unter der bundeseinheitlich bei 9,06 Euro pro Stunde angesetzten Niedriglohnschwelle arbeitenden Menschen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 162 000 auf 6,55 Mio. erhöht, wobei vier von fünf der Betroffenen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügten. Im gleichen Jahr hätten mehr als 2 Mio. dieser Geringverdienenden weniger als 6 Euro pro Stunde erhalten, was in Ostdeutschland auf 12,8 % und im Westen auf 5,4 % der Beschäftigten zutreffe. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung werden vor allem in der Baubranche und der Gebäudereinigung die gesetzlichen Mindestlöhne häufig missachtet. Die Studie des IAQ findet sich im Internet unter [http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report 2010-06.pdf](http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report%2010-06.pdf). *Quelle: SoVD Berlin-Brandenburg 9.2010*

► Soziales

Die ersten „Sechs-Monate-Zivis“ traten den Dienst an. Zivildienstleistende, die ihren Dienst am 1. Juli angetreten haben, werden als erste nur noch sechs Monate bis Ende Dezember dienen müssen. Nach dem Wehrrechtsänderungsgesetz können Zivis, die bis 31. Dezember bereits sechs Monate abgeleistet haben, entlassen werden. Spürbar werden die Neuregelungen bei der Nachfrage nach Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). So hat beispielsweise die gemeinsam von der Caritas und dem BDKJ im Bistum Münster getragene FSJ-Gesellschaft reagiert und kurzfristig die Kapazitäten erhöht. Allerdings wird vor der Annahme gewarnt, dass FSJ könne den Zivildienst ersetzen, da dies kein Ersatzdienst, sondern eine Bildungsmaßnahme sei. Die Caritas hofft, dass der Zivildienst insbesondere als wichtiges Lernfeld für junge Männer im sozialen Bereich erhalten bleibe. Schon die auf neun Monate verkürzte Zeit ließ allerdings nicht mehr den Einsatz in allen Arbeitsfeldern zu, zumal durch verpflichtende Bildungskurse und Urlaub tatsächlich nur ungefähr siebeneinhalb Monate übrig blieben. Deswegen wird bei der weiteren Verkürzung mit möglicherweise einem Drittel weniger Zivildienstleistenden im kommenden Jahr gerechnet. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 28.7.2010*

Neuregelung zur Rentenversicherung. Laut Informationen der Deutschen Rentenversicherung Westfalen wurde der Kreis der zur freiwilligen Rentenversicherung Berechtigten gesetzlich erweitert. Damit können ab sofort auch

versicherungsfreie oder von der Versicherungspflicht befreite Personen freiwillig Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen. Von Interesse ist die Bestimmung beispielsweise, wenn bisher für einen Rentenanspruch nicht genügend Versicherungsjahre vorhanden waren und eine Erstattung der Einzahlungen nicht in Betracht kam. Unter bestimmten Voraussetzungen sei nun eine Sonderzahlung möglich, um die erforderlichen Monatsbeiträge für eine Regelaltersrente zu erreichen. Zu beachten gelte jedoch, dass ein Anspruch auf eine gesetzliche Rente zur Kürzung anderweitiger Versorgungsleistungen führen könne. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Westfalen vom 12.8.2010*

Transfersausgaben des Landes Berlin in den Sozialrechtsgebieten des SGB XII, SGB II (kommunaler Träger), AsylbLG, LPfGG in den Jahren 2005 bis 2008.

Sozialstatistisches Berichtswesen. Statistische Kurzinformation. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin. Selbstverlag. Berlin 2010, 30 S., kostenlos *DZI-D-9207*

Diese Informationsbroschüre beschreibt die Zusammensetzung der Transfersausgaben des Landes Berlin in den Sozialrechtsgebieten des Sozialgesetzbuches (SGB) XII, des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), des Landespflegegeldgesetzes (LpffGG) sowie des kommunalen Trägers gemäß § 6 SGB II und die Aufwendungen gemäß § 264 SGB V für das Jahr 2008. Darüber hinaus wird die Entwicklung dieser Leistungen seit der neuen Sozialgesetzgebung im Jahr 2005 dargestellt und in Form von Kurzbeschreibungen und graphischen Übersichten zusammengefasst. Bestellanschrift: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28 12 66, E-Mail: Melanie.Wegener@senguv.berlin.de

Mehr Rechte für Menschen in Berliner Heimen. Mit dem am 1. Juli 2010 in Kraft getretenen Wohnteilhabegesetz (WTG) erhalten ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen in Berlin, die in Einrichtungen oder betreuten Wohngemeinschaften leben, mehr Schutz und mehr Rechte. Beispielsweise sind Kontrollen durch die Aufsichtsbehörden vorgesehen, deren Ergebnisse in anonymisierten Prüfberichten veröffentlicht werden müssen. Neben einer Meldepflicht für Pflegewohngemeinschaften werden die Leistungserbringenden angehalten, Informationen über Art, Inhalt, Umfang und Preis ihrer Angebote allgemein zugänglich zu machen. Darüber hinaus regelt das WTG als Nachfolgesetz des bisherigen Heimgesetzes qualitative Anforderungen sowie Mitsprache, Teilhabe und Beschwerderechte der Bewohnerinnen und Bewohner. Auf Initiative des Sozialwerks Berlin e.V. haben sich ältere Berlinerinnen und Berliner bereit erklärt, ehrenamtlich die Wohn- und Lebenssituation in Einrichtungen der Altenpflege zu evaluieren. *Quelle: Paritätischer Rundbrief Juli 2010*

► Gesundheit

Mehr Krankenhausaufenthalte. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, stieg die Anzahl der in Krankenhäusern aufgenommenen Menschen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 290 000 (+ 1,6 %) an. Insgesamt seien 17,8 Mio. Patientinnen und Patienten stationär versorgt

worden, wobei sich die durchschnittliche Verweildauer von acht Tagen und die Bettenauslastung von etwa 77 % nicht wesentlich verändert hätten. Eine geringfügige Erhöhung war bei den im Krankenhaus beschäftigten Vollkräften sowohl im ärztlichen (1,6 %) als auch im nicht ärztlichen (2,7 %) Dienst zu beobachten. Obwohl nach wie vor die meisten Plätze in öffentlichen Krankenhäusern zur Verfügung stünden, hätten die Kapazitäten der privaten Kliniken zugenommen. Im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation seien private Anbieter zwar stark überrepräsentiert, doch habe sich hier die Verteilung zugunsten der öffentlichen Einrichtungen verschoben. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.8.2010*

Höhere Anforderungen in der Heilerziehungspflege.

Gemäß einer vom Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen (NRW) verabschiedeten Personalvereinbarung zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) sind in NRW seit Anfang dieses Jahres Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger auch als Pflegefachkräfte in Einrichtungen der Eingliederungshilfe anerkannt. Ausgangspunkt war eine Rechtsunsicherheit bezüglich der Aufgabenbereiche, die dazu führte, dass dort im Zweifelsfall Angehörige anderer Berufsgruppen bevorzugt eingestellt wurden. Um die fachliche Qualifikation zu garantieren, erfolgte eine Ausweitung des Ausbildungscurriculums um die Lernbereiche „Gesundheit/Pflege“ und „Psychiatrie“. Darüber hinaus ist ein achtwöchiges Praktikum in einem Tätigkeitsfeld mit pflegerischem Schwerpunkt vorgesehen. *Quelle: BeB Informationen August 2010*

Aktionswoche Alkohol 2011. Mit rund zehn Litern reinem Alkohol pro Kopf trinken die Deutschen durchschnittlich etwa viermal soviel wie gesundheitlich noch vertretbar wäre. Dieser Alkoholkonsum zählt ebenso zur Weltspitze wie alkoholbezogene Krankheits-, Unfall-, Todes- und Verbrechensraten. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren (DHS) für die kommende Aktionswoche das eindeutige WHO-Motto gewählt: „Alkohol? Weniger ist besser!“ Unter diesem Slogan findet die Aktionswoche Alkohol vom 21. bis 29. Mai 2011 statt. Seit Kurzem ist die neue Homepage der Aktion online: <http://www.aktionswoche.alkohol.de>. Bereits jetzt können Veranstaltungen angemeldet werden, zu denen die DHS vorgefertigte Plakate zur Verfügung stellen wird. *Quelle: DHS-Newsletter vom 7.9.2010*

Pflege-Thermometer 2009. Das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (dip) in Köln unternahm Ende letzten Jahres zum fünften Mal eine Studie im Rahmen der „Pflege-Thermometer-Reihe“, einer die Gesundheitsberichterstattung des Bundes ergänzenden Untersuchung. Mehr als 10 000 in Krankenhäusern beschäftigte Pflegefachkräfte beantworteten Fragen hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen und der Patientenversorgung. Im Mittelpunkt standen Themen wie die Anzahl der betreuten Personen, die geleisteten Überstunden, das Einspringen an Wochenenden und Feiertagen sowie Korrelationen zwischen starker Stressbelastung und Mängeln in der Patientensicherheit. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass in Krankenhäusern mit einer engen Personalsituation verstärkt Probleme bei der fachgerechten Ausführung von Pflegeleistungen auftreten. Aufgrund von Budgetzwängen waren

im Zeitraum 1996 bis 2008 rund 50 000 Vollkraftstellen (14,2 %) in der Krankenhauspflege gestrichen worden. Die gesamte Studie steht im Internet unter www.dip.de zum Download bereit. *Quelle: PEP 3.2010*

Ausbau der Palliativversorgung in Berlin. Anknüpfend an die nach § 37 b des Sozialgesetzbuches V seit dem Jahr 2007 bestehende gesetzliche Verpflichtung zur Versorgung schwerstkranker Menschen in ihrem häuslichen Umfeld schlossen am 1. Juli dieses Jahres die Berliner Krankenkassen, der „Home Care Berlin e.V.“ und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin den bundesweit ersten Vertrag zur flächendeckenden spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Für die Betreuung von Personen mit onkologischen Erkrankungen oder einer HIV-Infektion bietet das seit Anfang der 1990er-Jahre bestehende Berliner Modellprojekt Home Care einen wichtigen Anlaufpunkt. Interessierte Pflegefachkräfte können sich in einem 160-stündigen Lehrgang qualifizieren. Voraussetzungen für eine ärztliche Tätigkeit in der SAPV sind eine Weiterbildung in Palliativmedizin, die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen, ein Nachweis von mindestens 75 selbstständig ambulanten versorgten Palliativ-Patientinnen oder -Patienten in den letzten drei Jahren und die Sicherstellung einer 24-Stunden-Ruf-Bereitschaft. *Quelle: report berlin Juli 2010*

Große Anfrage der Linksfraktion zum Thema Gesundheit. Anlässlich des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung wandte sich die Linksfraktion am 16. Juni in einer Großen Anfrage (17/2218) an die Bundesregierung. Hierin erkundigt sie sich unter anderem danach, wie viele Beziehende von Arbeitslosengeld II gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen, inwiefern Kinder und ältere Menschen aus einkommensschwachen Schichten gesundheitlich benachteiligt sind und welche Maßnahmen zur Überwindung der festgestellten Schiefelage geplant sind. Weitere Themen der Anfrage waren die Situation behinderter Menschen, interkulturelle und geschlechtsspezifische Aspekte der medizinischen Versorgung und der Einfluss der Praxisgebühr auf die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen. Die Linke spricht sich dafür aus, soziale Ungleichheiten zu verringern und unterprivilegierten Menschen den Zugang zum Gesundheitssystem zu erleichtern. *Quelle: Das Parlament 30/31.2010*

► Jugend und Familie

13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2009, 316 S., kostenlos *DZI-D-9104*
Der seit dem Jahr 1965 in jeder Legislaturperiode von der Bundesregierung herausgegebene Kinder- und Jugendbericht dokumentiert die Situation junger Menschen in Deutschland, die von einer eigens dazu beauftragten Expertenkommission untersucht wird. Im Mittelpunkt dieses aktuellen Berichts stehen die Themen Gesundheitsförderung und Prävention. Dargestellt werden die Entwicklungsbedingungen von Gesundheit und Krankheit bei verschiedenen Altersgruppen sowie gesundheitsbezogene Aufgaben, Leistungen und Projekte der Jugendhilfe. Weitere Schwerpunkte sind die Eingliederungshilfen für Menschen

mit Behinderung und die Suchtkrankenhilfe. Auf Grundlage der Ergebnisse erfolgen Empfehlungen für die Fachpraxis der Sozialen Arbeit und die Sozialpolitik. Bestellschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Kapazitäten für Kinderbetreuung reichen nicht aus. Nach Informationen des Deutschen Städtetages lässt sich der ab dem Jahr 2013 vorgesehene Rechtsanspruch auf eine Betreuung von Kindern zwischen ein und drei Jahren trotz enormer Anstrengungen zum Krippenausbau voraussichtlich nicht realisieren. Zu erwarten sei daher eine Prozesslawine mit erheblichem Verwaltungsaufwand. Auch der beim Krippengipfel 2007 als Etappenziel vereinbarte Versorgungsgrad von 35 % liege noch außerhalb der Reichweite. Um den Bedarf für den Rechtsanspruch zu decken, müssten wahrscheinlich noch über 500 000 zusätzliche Plätze eingerichtet werden, für die bislang weder das Geld noch das nötige Fachpersonal zur Verfügung stünden. Jedoch gebe es in einer Reihe von westdeutschen Großstädten bereits Plätze für weit über 20 % der Kinder. Den größten Teil der für die Kinderbetreuung im Zeitraum 1998 bis 2008 auf rund 14,5 Mrd. Euro angestiegenen Bruttoausgaben leisteten die Kommunen. *Quelle: Mitteilung des Deutschen Städtetages vom 31.8.2010*

Online-Portal für Eltern. Die im Jahr 2002 von der AOK Hessen in Kooperation mit der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen und den hessischen Fachstellen für Suchtprävention eingerichtete Internet-Plattform starke-eltern.de bietet Eltern umfassende und gut verständliche Informationen zu Fragen der Erziehung und der Suchtprävention. Beispielsweise seien selbstbewusste, selbstständige und seelisch gesunde Kinder weniger gefährdet, später ein Suchtverhalten zu entwickeln. Das Web-Angebot beinhaltet unter anderem „Sieben Regeln gegen die Sucht“, Hinweise zu Gefährdungsmerkmalen, Ergebnisse aus der Wissenschaft und die Möglichkeit zum direkten Austausch mit anderen Eltern sowie Fachkräften der Suchtprävention. Darüber hinaus gibt das Portal mit interaktiven Tests und Spielen Aufschluss über den eigenen Wissensstand und persönliche Einschätzungen. *Quelle: G+G Gesundheit und Gesellschaft 7-8.2010*

Projekt für wohnungslose Jugendliche in Nordrhein-Westfalen. Als Träger des dreijährigen, vom nordrhein-westfälischen Familienministerium geförderten Projekts „WohnPerspektiven – Wohnungsnotfallnetzwerke für junge Menschen im ländlichen Raum“ plant der Caritasverband für die Diözese Münster, Daten zur Anzahl der von Wohnungsnot betroffenen oder durch sie gefährdeten Jugendlichen zu erheben, um auf dieser Grundlage die Vernetzung vorhandener Angebote der Wohnungsnotfallhilfe und weiterer Einrichtungen, wie zum Beispiel dem Jugendamt und der Arbeitsagentur, zu optimieren. Obwohl für die unter 21-Jährigen eigentlich die Jugendhilfe zuständig ist, wendeten sich viele von ihnen an die Wohnungsnotfallhilfe, weshalb nun die Jugendhilfe und die Wohnungsnotfallhilfe an einen Tisch geholt werden sollen. Die im Rahmen des „Aktionsprogramms Obdachlosigkeit verhindern“ angesiedelte, wissenschaftlich begleitete Initiative basiert auf einer Kooperation mit dem Cari-

tasverband Kleve, dem Caritasverband Moers-Xanten und dem Verein für katholische Arbeiterkolonien in Westfalen. Zugleich erprobt die Diakonie in Duisburg die Verknüpfung der Hilfen in einer städtischen Region. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse in einem Leitfaden für andere Kreise und Regionen aufzubereiten. Quelle: Mitteilung des Caritasverbands für die Diözese Münster e.V. vom 19.8.2010

Personalbemessung der Jugendämter in Bayern (PeB). Projektbericht und Handbuch. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) – Bayerisches Landesjugendamt. München 2010, 116 S., kostenlos *DZI-D-9136* Das Bayerische Landesjugendamt hat gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag, der Stadt Nürnberg, dem Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung, den Kreisjugendämtern Fürstenfeldbruck sowie Neumarkt in der Oberpfalz ein Personalbemessungskonzept entwickelt. Darin wurden für die wichtigsten fallbezogenen Leistungsbereiche der Jugendämter Standards und Zeitbedarfe für Arbeitsprozesse ermittelt und in ein Verfahren zur Personalbedarfsbemessung zusammengeführt. Als Ergebnis dieses Projekts ist ein Handbuch für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in Bayern entstanden. Es enthält die Beschreibung der grundlegenden Konzeption der Personalbemessung und eine detaillierte Darstellung der Kern- und Teilprozesse der fallbezogenen Leistungen für die sozialen Dienste in den Jugendämtern. Ergänzt wird das Handbuch durch eine CD, die tabellarische und graphische Übersichten sowie ein Rechentool enthält. Bestellanschrift: Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) – Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 40 02 60, 80702 München, Tel.: 089/12 61-24 41, E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de

Unternehmensleitfaden für Familienfreundlichkeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, entwickelte das rheinland-pfälzische Arbeitsministerium einen Praxisleitfaden für kleine und mittelständische Unternehmen. Dieser enthält Informationen zur Arbeitszeitgestaltung, zu Hilfen beim Wiedereinstieg und zu Angeboten vor und während der Elternzeit. Anhand von Checklisten können die Betriebe ihre Familienfreundlichkeit selbst überprüfen und weiterentwickeln. Darüber hinaus enthält die Handreichung Kontaktdaten von Ansprechpersonen für die persönliche Beratung. Zu beobachten sei, dass trotz des Rollenwandels entsprechende Maßnahmen noch immer primär für Frauen konzipiert seien, während Männer mit dem Wunsch nach einer aktiveren Partizipation an der Erziehung häufig auf Unverständnis trafen. Der Leitfaden und ein Videoclip mit Positivbeispielen aus der Arbeitswelt stehen unter www.viva.familia.de/121.html im Internet. Quelle: *Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 12.8.2010*

► Ausbildung und Beruf

Neuer Masterstudiengang „Alternde Gesellschaften“. Die TU Dortmund bietet ab dem diesjährigen Wintersemester den neuen Masterstudiengang „Alternde Gesellschaften“. Dieser wendet sich an Studierende unterschiedlicher, vornehmlich sozialwissenschaftlicher Disziplinen, die befähigt werden sollen, Herausforderungen im Hinblick auf den demographischen Wandel zu erkennen, um

diesen in Forschung und Praxis fachkompetent begegnen zu können. Das engmaschig mit der Ruhr-Universität Bochum abgestimmte Angebot versteht sich als Fortführung einer über zehnjährigen hochschulinternen Tradition der Ausbildung in sozialer Gerontologie. Quelle: *Mitteilung der TU Dortmund vom 20.7.2010*

Sozialversicherung im dualen Studium. Die sozialversicherungsrechtliche Einordnung dualer Studiengänge wurde im Juli dieses Jahres in einem Rundschreiben der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung verbindlich geregelt, wobei für ausbildungsintegrierte, berufintegrierte, berufsbegleitende und praxisintegrierte Studienformen sowie Praktika im Rahmen der klassischen Hochschulausbildung jeweils unterschiedliche Bestimmungen gelten, die im Internet unter www.aok-business.de über den Link „Service/Rundschreiben 2010“ einsehbar sind. Quelle: *praxis aktuell 3.2010*

Standards in der Sozialen Arbeit. Von Flemming Hansen. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Berlin 2010, 180 S., EUR 19,70 *DZI-D-9038*

Vor dem Hintergrund der seit den 1990er-Jahren beobachtbaren Ökonomisierung der Sozialen Arbeit steht diese immer mehr unter dem Druck, die Wirksamkeit ihrer Interventionen zu belegen. Die dafür formulierten Qualitätsstandards dienen dem Zweck, die Effektivität einzelner sozialer Dienstleistungen zu messen und auf diese Weise eine größtmögliche Transparenz und Vergleichbarkeit herzustellen. Doch wie viel Standardisierung verträgt die Soziale Arbeit? Wie ist es möglich, fallbezogenen Besonderheiten weiterhin gerecht zu werden? Um diesen und weiteren Fragen nachzugehen, entwirft der Autor nach einer Definition des Begriffs Standard und der entsprechenden Steuerungsfunktionen eine Systematisierung einzelner in der Praxis angewandter Standards, ergänzt durch eine Beschreibung der im Jahr 1992 in Großbritannien entwickelten „Codes of Practice“. Darüber hinaus werden Spannungsfelder aufgezeigt, wie sie durch Widersprüchlichkeiten zwischen Fall, Norm und Theorie und dem Spagat zwischen Kontrolle und Selbstregulierung entstehen können. In Anbetracht dieser Ambivalenzen bedürfte es eines alternativen Steuerungsparadigmas mit Raum für situationsgebundene Aushandlungsprozesse und die theoretische Reflexion der Praxis. Bestellanschrift: Deutscher Verein, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

Hessen wirbt für Erzieherberuf. Nach einer Mitteilung des Hessischen Familienministeriums beginnt in diesem Herbst eine Kampagne für den Erzieherberuf. In Anbetracht des auf Februar angesetzten Anmeldetermins für die Fachschulen für Sozialpädagogik müsse frühzeitig damit begonnen werden, Jugendliche in Hessen mittels Plakaten und Infoständen in Schulen über das Berufsbild und die Möglichkeiten einer Bewerbung zu informieren, denn der Fachkräftebedarf werde sich wegen der ab dem Jahr 2013 vorgesehenen Betreuungsgarantie für Kinder unter drei Jahren signifikant erhöhen. Die Rekrutierungsinitiative diene unter anderem dem Zweck, die Werbung für das Arbeitsfeld der Tagespflege zu intensivieren und die Potenziale der Teilzeitarbeit effektiver zu nutzen. Da-

rüber hinaus werde man die Kindergärten durch ein Konzept zur besseren Schulvorbereitung qualitativ weiterentwickeln. Aufgrund der im „Bildungsbericht 2010“ konstatierten niedrigeren Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund sei geplant, gezielt Schulabsolventinnen und Schulabsolventen aus Migrationskontexten anzusprechen, um die Kommunikation mit den betreffenden Familien zielgruppenorientiert gestalten zu können. *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom 4.8.2010*

BGW Forum 2011. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) in ihrer Funktion als gesetzliche Unfallversicherung für die nicht staatlichen Einrichtungen in der Behindertenhilfe ruft dazu auf, Fachbeiträge für das vom 5. bis 7. September nächsten Jahres in Hamburg stattfindende BGW Forum 2011 bis zum 22. Oktober 2010 anzumelden. Auf dem Programm stehen folgende Themen: Strategien für das Management und für die Bewältigung psychischer Belastungen, Arbeitsschutz, Arbeiten im Alter, Kommunikation und soziale Beziehungen, Organisation und, als besonderer Schwerpunkt, die sichere Mobilität von Menschen, die einen Rollstuhl nutzen. Für diese Bereiche erwartet die BGW innovative Ansätze und Modellprojekte, die sich direkt in die Praxis umsetzen lassen. Fragen beantwortet Corinna Bleckmann, Tel.: 040/202 07-32 12, E-Mail: bgwforum@bgw-online.de *Quelle: Nachricht der BGW vom 12.7.2010*

Fachverbände plädieren für Zusammenführung von Ausbildungsgängen im Pflegesektor. In einem gemeinsamen Eckpunktepapier formulieren das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschland, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. und andere Fachverbände Vorschläge für die Zukunft der Pflegeberufe. Diese umfassen eine Generalisierung der bisher getrennten Ausbildungsgänge für die Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege, eine Durchlässigkeit zum allgemeinen Bildungssystem und die Schaffung entsprechender Bildungskonzepte und Studiengänge. Hierbei sei es wichtig, die bisherige Kombination aus Theorie und Praxis beizubehalten und den europäischen Qualifikationsrahmen auf nationaler Ebene umzusetzen. Das Eckpunktepapier befindet sich auf der Webiste www.devap.de. *Quelle: Devap impuls 2.2010*

4.-5.11.2010 Berlin. Fachtagung: Jugendliche und junge Volljährige – eine Randgruppe in der Kinder- und Jugendhilfe? Information: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut (SPI), Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-461, E-Mail: info.spi@sos-kinderdorf.de

6.11.2010 Berlin. Tagung: Mit Autismus in die Arbeitswelt. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, E-Mail: info@autismus.de

6.-7.11.2010 Köln. Praxistage der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT). Information: Bundesgeschäftsstelle der DGVT, Corrensstraße 44-46, 72076 Tübingen, Tel.: 070 71/99 34-0, E-Mail: dgvt@dgvt.de

10.-11.11.2010 Berlin. 16. DVLAB Bundeskongress. Pflegeheime zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Information: Deutscher Verband der Führungskräfte von Alten- und Pflegeheimen (DVLAB) e.V., Alt-Tempelhof 32, 12103 Berlin, Tel.: 030/38 30 38-30, E-Mail: info@dvlab.de

11.11.-13.11.2010 Frankfurt am Main. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) e.V.: Sozialpsychiatrie: Menschenrechte verwirklichen – Gesellschaft gestalten! Information: DGSP-Bundesgeschäftsstelle, Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de

18.11.2010 Berlin. Fachtagung: Arbeit als Resozialisierungsfaktor. Information: Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e.V., Bundesallee 42, 10715 Berlin, Tel.: 030/864 713 50, E-Mail: schuller@sbh-berlin.de

19.-21.11.2010 Berlin. 44. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik „HEILPÄDAGOGISCH HANDELN – Mutig gegen Ausgrenzung!“ Information: Bundesgeschäftsstelle des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/406 050 60, E-Mail: info@bhponline.de

22.-23.11.2010 Frankfurt am Main. Bundeskongress: Psychosoziale Interventionen in der Suchthilfe – Perspektiven der Sozialen Arbeit in Zeiten knapper Ressourcen. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe e.V., c/o Wolfgang Rometsch, LWL-Koordinationsstelle Sucht, Warendorfer Straße 27, 48133 Münster, Tel.: 02 51/591 47 10, E-Mail: info@dg-sas.de

24.-26.11.2010 Hamburg. ASD-Bundeskongress 2010: Anspruch und Alltag verbinden – der Super-ASD. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de